

Herausforderungen annehmen - Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern

Halbzeitbilanz der Bundesregierung

Stand: 21. Dezember 2015

Die Große Koalition hat in den vergangenen zwei Jahren zentrale Projekte ihres Koalitionsvertrages umgesetzt. Sie hat wichtige Weichen gestellt, um die soziale Sicherheit und Lebensqualität der Menschen in Deutschland zu verbessern, Investitionen in die Zukunft zu erleichtern und damit dem Standort Deutschland klare Perspektiven zu geben.

Der Bürgerkrieg in Syrien und der Terror der radikal-islamistischen Miliz IS haben Hunderttausende von Menschen in die Flucht getrieben. 2015 haben viele Flüchtlinge Deutschland erreicht und die politische Agenda bestimmt. Da die Flüchtlingskrise nur gesamteuropäisch zu lösen ist, arbeitet Deutschland eng mit seinen europäischen Partnern zusammen. Die Bundesregierung hat außerdem umfassende Gesetzespakete beschlossen, die dazu dienen, Asylverfahren zu beschleunigen, Fehlanreize zu beseitigen und die Rückführung nicht Schutzbedürftiger zu verbessern. :

Die Digitale Agenda ist erfolgreich gestartet. Die Bundesregierung unterstützt die Umsetzung der EU-Strategie für einen digitalen Binnenmarkt, damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft gestärkt wird. Auch die Energiewende kommt voran. Die Bundesregierung arbeitet für nachhaltiges Wachstum, sie sorgt für solide öffentliche Finanzen und für neue Arbeitsplätze.

- Trotz der zusätzlichen Kosten durch die hohe Anzahl von Flüchtlingen kommt der Bundeshaushalt 2015 ohne neue Schulden aus.
- Gleichzeitig investiert die Bundesregierung mehr in Bildung, Forschung, Innovationen und die Verkehrsinfrastruktur.
- Familien, Alleinerziehende und Arbeitnehmer wurden steuerlich entlastet und finanziell gestärkt; die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Pflege und Beruf ist verbessert worden.
- Die sozialen Sicherungssysteme stehen auf solider Grundlage. Das Rentenpaket schafft mehr Gerechtigkeit bei der Anerkennung der Lebensleistung.
- Die Rechte der Verbraucher hat die Bundesregierung gestärkt.
- Der Arbeitsmarkt ist in guter Verfassung. Im Oktober 2015 waren 43,4 Millionen Menschen erwerbstätig – so viele wie nie zuvor. Vor allem ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gewachsen. Die Arbeitslosenquote ist dagegen auf 6,0 Prozent gesunken.
- Der gesetzliche Mindestlohn legt eine Untergrenze von 8,50 Euro je Stunde fest und gilt ab dem 1.1.2017 flächendeckend.
- Die Bürokratiebremse, die am 1. Juli 2015 in Kraft getreten ist, begrenzt den Anstieg von bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft.
- Die neue Hightech-Strategie stärkt Forschung und Innovation in Deutschland.
- Die Energiewende kommt mit dem reformierten EEG und dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz gut voran.
- Mit dem Klimaschutzprogramm setzt Deutschland das Ziel um, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken.

Flucht und Asyl

Die große Zahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, stellt Länder und Gemeinden vor extreme Herausforderungen. Die Bundesregierung unterstützt sie bei der Bewältigung.

- Der Bund erstattet den Ländern ab Januar 2016 eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber. Die Länder erhalten mehr Geld aus der Umsatzsteuer, um die Kosten für Asylbewerber sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu decken.
- Die Leistungen für den sozialen Wohnungsbau werden aufgestockt. Weil derzeit viele Unterkünfte schnell entstehen müssen, hat der Bund das Baugesetzbuch geändert.
- Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stellt Wohnraum für Asylbewerber zur Verfügung. Sie überlässt Ländern und Gemeinden seit Anfang 2015 126.000 Plätze in Bundesliegenschaften, und zwar mietfrei. .
- [Minderjährige Flüchtlinge](#), die ohne ihre Familien nach Deutschland kommen, brauchen besonderen Schutz. Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass ihre Unterbringung, Versorgung und Betreuung in Deutschland besser wird. Unbegleitete Kinder und Jugendliche werden künftig gleichmäßig im Bundesgebiet verteilt.
- Das große ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe wird gestärkt. So werden bis zu 10.000 zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug geschaffen. Diese Stellen stehen auch Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive offen.
- Um die Asylanträge schneller bearbeiten zu können, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 1.650 neue Stellen erhalten; 2016 kommen weitere 1.000 Stellen hinzu.
- Mit dem [Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz](#) sollen Asylverfahren schneller abgeschlossen und Fehlanreize für Menschen ohne Bleibeperspektive vermieden werden.
- Nach Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien wurden nun auch Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten, die Asylverfahren damit abgekürzt.
- Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, die seit dem 1. September 2015 einen Asylantrag gestellt haben, gilt ein Beschäftigungsverbot. Für Staatsangehörige dieser Länder werden von 2016 bis 2020 Möglichkeiten der legalen Migration nach Deutschland geschaffen.
- Der bisherige Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse soll möglichst in Sachleistungen gewährt werden. Geldleistungen gibt es höchstens einen Monat im Voraus.

Kinder und [Jugendliche, die ohne ihre Familien](#) aus ihren Herkunftsländern nach Deutschland kommen, sind in besonderer Weise auf die Fürsorge des Staates angewiesen. Um den Schutz der Minderjährigen zu gewährleisten, tritt der Staat an die Stelle der Erziehungsberechtigten. Um eine gute Betreuung und Versorgung zu gewährleisten, können diese Jugendlichen im gesamten Bundesgebiet betreut werden.

Derzeit engagieren sich viele Tausend [Ehrenamtliche](#) bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Um dieses ehrenamtliche Engagement weiter zu unterstützen, werden 10.000 neue Stellen im Bundesfreiwilligendienst geschaffen. Auch Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive können sich um die Stellen bewerben.

Die Bundesregierung hat außerdem ein Gesetz zur generellen Verbesserung und Beschleunigung des Asylverfahrens beschlossen. Hierzu soll ein neuer Ankunftsnachweis für Flüchtlinge mit einer entsprechenden Datenbank dienen.

Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollen früh und umfassend in den [Arbeitsmarkt](#) integriert werden. Hochschulabsolventen und Fachkräfte in Engpassberufen, Auszubildende und Praktikanten dürfen nach drei Monaten Aufenthalt ohne Vorrangprüfung arbeiten. Für alle anderen entfällt die Vorrangprüfung nach 15 Monaten. Die Neuregelung ist auf drei Jahre befristet.

Flüchtlingsfrage europäisch und international lösen

- Erste Schritte sind die beschlossene Umsiedlung von 160.000 Flüchtlingen sowie die Einrichtung von Registrierungs- und Aufnahmezentren ([Hotspots](#)).
- Die Staats- und Regierungschefs der Länder entlang der sog. Westbalkanroute haben sich am 25. Oktober 2015 zusammen mit EU-Institutionen und dem UNHCR auf einen 17-Punkte-Plan geeinigt. Es werden 100.000 Aufnahmeplätze entstehen – 50.000 in Griechenland und weitere 50.000 entlang der Westbalkanroute. Mit Hilfe des UNHCR soll so die Versorgung der Flüchtlinge verbessert werden.
- Der EU-Gipfel hat mit wichtigen afrikanischen Herkunfts- und Transitstaaten am 11./12. November 2015 einen Aktionsplan vereinbart. Er enthält einen Katalog von Maßnahmen, um gemeinsam irreguläre Migration einzudämmen und Fluchtursachen zu bekämpfen.
- Am 29. November 2015 hat die EU mit der Türkei eine Gemeinsame Erklärung sowie einen Aktionsplan zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge verabschiedet. Kernstück sind Maßnahmen zur Unterstützung der Türkei und der syrischen Flüchtlinge in der Türkei sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Verhinderung weiterer irregulärer Einreisen.

Innere Sicherheit

- **Terrorismusbekämpfung:** Die [Antiterrorgesetze](#) sind um weitere fünf Jahre verlängert. Die Evaluierung hat ergeben, dass die nachrichtendienstlichen Befugnisse im Auswertungszeitraum verantwortungsvoll und gezielt genutzt wurden und die Regelungen beibehalten werden sollen. Die Nachrichtendienste können daher auch künftig bei Fluggesellschaften, Banken und Telekommunikationsanbietern bestimmte Auskünfte einholen.
- **IS in Deutschland verboten:** Das [Vereinsverbot](#) umfasst sämtliche Beteiligungen an der Organisation, etwa über soziale Medien, bei Demonstrationen oder durch Anwerbung von Geldern und Kämpfern für den IS. Auch das Zeigen der IS-Symbole ist jetzt strafbar.
- **Kampf gegen Rechtsextremismus:** Der NSU-Untersuchungsausschuss hatte [Verbesserungsmaßnahmen](#) in den Bereichen Polizei, Justiz, Verfassungsschutz und Demokratieförderung empfohlen. Das entsprechende Gesetz ist am 1. August 2015 in Kraft getreten. So müssen Gerichte jetzt fremdenfeindliche Motive stärker berücksichtigen.
- **Personalausweisgesetz:** Um Reisen radikalisierter Staatsangehöriger zu verhindern, können Behörden den [Personalausweis](#) entziehen und einen Ersatz-Personalausweis ausstellen. Er berechtigt nicht zum Verlassen Deutschlands.

Den Rechtsstaat stärken

- **Menschenhandel:** Opfer von Menschenhandel sollen besser geschützt werden. Außerdem soll die Strafandrohung in den Fällen steigen, in denen das Opfer unter 18 Jahre alt ist oder das Leben des Opfers leichtfertig gefährdet wird.
- **Kinder und Jugendliche besser vor Missbrauch schützen:** Kinder und Jugendliche sind gesetzlich besser vor [sexuellem Missbrauch](#) geschützt. Es ist verboten, Nacktbilder von Kindern und Jugendlichen zu verbreiten, um damit Geschäfte zu machen. Das Gesetz sorgt auch für einen besseren Schutz vor dem sogenannten Cybermobbing.
- **Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts:** Die Bundesregierung hat das [Staatsangehörigkeitsrecht](#) für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern geändert. Sie müssen sich nicht mehr für einen Pass entscheiden.
- **Vorratsdatenspeicherung:** Künftig gilt eine Speicherpflicht und eine Höchstspeicherfrist für [Verkehrsdaten](#). Verbindungsdaten sollen zehn Wochen gespeichert bleiben. Bei Standortdaten gilt eine Frist von vier Wochen. Strafverfolgungsbehörden dürfen nur unter strengen Bedingungen auf die Daten zugreifen.

Außen- und Sicherheitspolitik

- **Deutsche G7-Präsidentschaft 2015:** Der G7-Gipfel auf Schloss Elmau hat starke Signale gesendet: zur Minderung des Kohlenstoffausstoßes in der Weltwirtschaft, zur Stärkung der Gesundheitssysteme und zum Kampf gegen Hunger und Mangelernährung. Unter [deutscher Präsidentschaft](#) haben die G7 zusätzliche Schwerpunkte gesetzt: auf die berufliche Qualifikation und Selbständigkeit von Frauen insbesondere in den Entwicklungsländern, die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen bei Mensch und Tier („One Health“-Ansatz), die Stärkung der Gesundheitssysteme und des internationalen Handels sowie auf soziale und ökologische Standards in Lieferketten.
- **Flüchtlingskrise im Nahen Osten:** Über 13 Millionen Menschen in Syrien sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, mehr als vier Millionen in die Nachbarländer geflohen. Deutschland gehört zu den größten Gebern und hat seit Beginn der Syrien-Krise über eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, davon etwa 506 Millionen für humanitäre [Hilfsmaßnahmen](#), 481 Millionen Euro für bilaterale Hilfe und mehr als 87 Millionen für Krisenbewältigung.
- **Allianz gegen IS:** Die internationale Gemeinschaft hat unter Führung der USA eine Allianz ins Leben gerufen, die sich gegen den Terror des sogenannten Islamischen Staates richtet. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen u. a. durch eine Ausbildungsmission und militärische Hilfe (Lieferung von militärischer Ausrüstung inklusive Waffen und Munition) für die Peschmerga. Der Bundestag hat am 4. Dezember ein Mandat zur weitergehenden militärischen Unterstützung der Anti-IS-Koalition in Syrien und dem Irak [verabschiedet](#).
- **Weitere Unterstützung für Afghanistan:** Zum Jahreswechsel 2014/15 beendete die internationale Gemeinschaft ihren Kampfeinsatz, an dem auch Deutschland beteiligt war. Die [Nachfolge mission](#) der NATO berät und unterstützt die afghanischen Sicherheitskräfte. Deutschland wird im Norden des Landes weiter Verantwortung übernehmen und auch seine anerkannte Entwicklungszusammenarbeit fortführen.
- **Friedensplan für Ukraine:** Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im März 2014 begegnen die EU und die internationale Gemeinschaft Russland mit einer [Politik aus Dialog und Sanktionen](#). Zur Lösung des Konflikts haben Deutschland und Frankreich im Februar 2015 in Minsk den Anstoß zu einen [13-Punkte-Plan](#) gegeben.

- **Kampf gegen Ebola:** Der Ausbruch der [Ebola-Epidemie](#) in Afrika hat die internationale Gemeinschaft vor eine dramatische Herausforderung gestellt. Die Bundesregierung hat die betroffenen Länder im Kampf gegen die Epidemie mit insgesamt 195 Millionen Euro unterstützt und auf internationaler Ebene eine Initiative zur Stärkung von Gesundheitssystemen gestartet.
- **Mehr Transparenz bei Rüstungsexporten:** Die Bundesregierung macht [Genehmigungsentscheidungen zu Rüstungsexporten](#) schneller publik und damit transparenter. Sie veröffentlicht zwei Berichte - einen vor der parlamentarischen Sommerpause und einen im Herbst.

Historische Verantwortung

- **25 Jahre Freiheit und Einheit:** 2014 und 2015 haben sich die Deutschen an die glücklichste Phase ihrer jüngsten Geschichte erinnert: an die Friedliche Revolution in der ehemaligen DDR 1989, die zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung Deutschlands führte. Am 3. Oktober 2015 haben weit über hunderttausend Menschen mit einem großen Fest in Frankfurt am Main den 25. Jahrestag der Deutschen Einheit gefeiert.
- **Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung:** Die Bundesregierung hat beschlossen, dass jährlich am 20. Juni der [Opfer von Flucht und Vertreibung](#) gedacht werden soll. 2015 wurde dieser Gedenktag erstmals begangen.
- **Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager:** In den letzten Monaten vor dem Kriegsende am 8. Mai 1945 befreiten alliierte Truppen die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bei der Gedenkveranstaltung zur [Befreiung des KZ Dachau](#) vor 70 Jahren gedachte die Bundeskanzlerin gemeinsam mit Überlebenden und Soldaten der amerikanischen Armee der Opfer des Nazi-Regimes.

Haushalt, Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, Finanzstabilität

- **Keine Neuverschuldung:** Die Bundesregierung hat mit dem [Haushalt](#) 2015 einen historischen Wendepunkt erreicht: keine neuen Schulden. Solide Finanzen machen es möglich, dass die Bundesregierung auf neue Herausforderungen reagieren kann, wie jetzt, im Haushaltsplan für 2016, beispielsweise im Zuge der Flüchtlingshilfe.
- **Entlastung der Kommunen:** Die Bundesregierung nutzt die Spielräume im Bundeshaushalt, um die [Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen](#) zu unterstützen. 2015 entlastet der Bund die Länder und Kommunen pauschal mit 2 Milliarden Euro. Darüber hinaus bildet der Bund in diesem Jahr eine Rücklage, aus der 2016 6,1 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Ab 2016 übernimmt der Bund je Flüchtling 670 Euro pro Monat vom Tag der Registrierung bis zum Ende des Asylverfahrens. Zusätzlich gibt es 350 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Das Maßnahmenpaket, das am 24. September von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten beschlossen wurde, sieht darüber hinaus weitere erhebliche finanzielle Entlastungen der Länder und Kommunen durch den Bund vor.
- **Investitionen gestärkt:** Die Bundesregierung stellt ab 2016 [zehn Milliarden Euro](#) zusätzlich für die Bereiche Verkehr, Energieversorgung, digitaler Wandel sowie Bildung und Forschung bereit. Durch Haushaltsdisziplin werden diese Investitionen möglich.
- **Kurs für dauerhaftes Wachstum im Euroraum:** Es gibt eine [wirtschaftliche Erholung](#) im Euroraum, die Wirtschaftslage ist besser als vor einem Jahr. Insbesondere reformstarke Euroländer wie Spanien und Irland wachsen überdurchschnittlich. Das Konzept „Hilfen nur gegen

Reformanstrengungen“ ist aufgegangen. Die sogenannte Staatsschuldenquote nimmt voraussichtlich 2015 erstmals seit 2007 ab, im Euroraum auf 94 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, im gesamten EU-Raum auf 88 Prozent.

- **Perspektiven eröffnet:** Für Griechenland bietet das [Hilfsprogramm](#) vom Sommer 2015 die Chance, wieder zu Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung zurückzukehren. Voraussetzung ist, dass das Land die vereinbarten Reformen konsequent umsetzt.
- **Bankenabwicklung/Einlagensicherung:** Die Bundesregierung hat sich auf EU-Ebene für bessere Regeln bei der [Abwicklung von Banken](#) und der [Einlagensicherung](#) eingesetzt. Künftig sollen in erster Linie Eigentümer und Gläubiger die Lasten der Abwicklung von Banken tragen, die in Schieflage geraten sind. Zudem wurden europaweit die Einlagensicherungssysteme krisenfester ausgestaltet und das Niveau für besonders schutzwürdige Einlagen bei Kreditinstituten erhöht.

Wirtschaft und Arbeit

- **Für mehr Produktivität und Wachstum:** Die Bundesregierung hat Länder und Kommunen entlastet und damit [Investitionen](#) in Infrastruktur und Bildung angestoßen.
- **Gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro:** 3,7 Millionen Menschen sind seit Januar 2015 vom gesetzlichen Mindestlohn erfasst. Branchenmindestlöhne, die vom gesetzlichen Mindestlohn nach unten abweichen, müssen ab Januar 2017 ebenfalls bei mindestens 8,50 Euro liegen, so dass ab diesem Zeitpunkt der [Mindestlohn](#) für alle Beschäftigten flächendeckend mindestens 8,50 Euro betragen wird.
- **Gleiche Arbeit - gleicher Tarifvertrag:** Überschneiden sich in einem Unternehmen Tarifverträge, gilt der Vertrag der Gewerkschaft, die die meisten Beschäftigten vertritt. Das Gesetz zur [Tarifeinheit](#) gilt seit dem 10. Juli 2015.
- **Förderung der Jugendbeschäftigung:** Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in der EU. Mit der [EU-Jugendgarantie sollen](#) junge Menschen unter 25 Jahren spätestens vier Monate, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine Arbeits-, Ausbildungsstelle oder einen Praktikumsplatz angeboten bekommen.
- **Gesetzliche Frauenquote:** Die Bundesregierung hat für die Aufsichtsräte aller Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmungspflichtig sind, eine [Frauenquote](#) von 30 Prozent eingeführt. Ab 2016 muss sie nach und nach umgesetzt werden.
- **Bürokratieabbau:** Am 1. Juli 2015 ist die [Bürokratiebremse](#) (sog. One in, one out-Prinzip) in Kraft getreten. Der [Bürokratiekostenindex](#) ist 2015 erstmals auf einen Wert unterhalb seiner Ausgangsbasis zurückgegangen. Mit [Lebenslagenbefragungen](#) ermittelt die Bundesregierung, wie zufrieden Unternehmen und Bürger mit der Verwaltung und dem zugrundeliegenden Recht sind. Daraus ergeben sich weitere Ansätze für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung.

Infrastrukturausbau

- **Mehr Geld für den Verkehr:** Für Verkehrswege sind in den kommenden vier Jahren [fünf Milliarden Euro](#) zusätzlich vorgesehen. Durch die geplante Einführung einer Infrastrukturabgabe („Pkw-Maut“) und durch die Ausweitung der Lkw-Maut stärkt der Bund zusätzlich die Finanzierung der Infrastruktur.

- **Sanierung und Ausbau:** 2014 sind 10,5 Milliarden Euro in [Sanierung und den Ausbau](#) von Straßen, Schienen und Wasserwegen geflossen. Bis 2018 sollen die Mittel auf rund 14 Milliarden Euro pro Jahr steigen. Allein für das Straßennetz stellt der Bund jährlich deutlich über 6 Milliarden Euro bis 2018 zur Verfügung.
- **Stadtentwicklung:** Für [Städtebauförderung](#) stellt die Bundesregierung 2015 700 Millionen Euro zur Verfügung, davon 150 Millionen für das Programm [Soziale Stadt](#). Benachteiligte Stadtquartiere sollen städtebaulich aufgewertet und öffentliche Plätze sicher und lebenswert gestaltet werden. Das Programm „[Stadtumbau Ost](#)“ stärkt die Lebensqualität in ostdeutschen Städten und Gemeinden.

Digitale Agenda für Deutschland

- **Digitale Agenda 2014-2017:** Sie ist Voraussetzung, um [Wohlstand und Lebensqualität](#) zu sichern. Das Kabinett hat am 16. September 2015 den [Fortschrittsbericht](#) zum Stand der Umsetzung der Digitalen Agenda für Deutschland beschlossen. Ziel ist es, allen die Teilhabe an den Chancen der Digitalisierung zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen für das Leben, Lernen, Arbeiten und Wirtschaften in der digitalen Welt zu setzen.
- **Schneller Internetanschluss:** Bis 2018 sollen alle Haushalte – auch im ländlichen Raum – über einen [Internetanschluss](#) mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen. Den flächendeckenden Breitbandausbau bis 2018 fördert die Bundesregierung mit insgesamt 2 Mrd. Euro.
- **Digitale Wirtschaft und digitales Arbeiten:** Die Bundesregierung wird die [Digitalisierung der Wirtschaft](#) aktiv begleiten: Die Digitalisierung der Industrie („Industrie 4.0.“) und die Entwicklung neuer Technologien, neuer Dienste und Anwendungen stehen dabei im Mittelpunkt. Dazu hat die Bundesregierung die [Plattform Industrie 4.0](#) gestartet.
- **Sicherheit im Internet:** Telekommunikationsanbieter, die eine Schlüsselrolle für die Sicherheit des Cyberraumes haben, sind verpflichtet, diese Sicherheit auch zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit der Fachbehörden im Nationalen Cyber-Abwehrzentrum wird verbessert. Das Bundesamt für [Sicherheit in der Informationstechnik](#) erhält mehr Geld und Personal. Bundeskriminalamt und der Bundespolizei erhalten mehr Kompetenzen im Bereich Cyber-crime, Cyberspionage und Cybersecurity.

Energiewende und Klimaschutz

- **Reform des EEG:** Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ([EEG](#)) von 2014 wirkt: Der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt voran und ist besser planbar. Die Kosten sind breiter verteilt, ohne Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg zu gefährden. 2015 ist die EEG-Umlage erstmals seit ihrer Einführung gesunken.
- **Energieeffizienz:** Die Bundesregierung baut die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende aus. Der „[Nationale Aktionsplan Energieeffizienz](#)“ leistet einen wichtigen Beitrag, um die deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen. Zugleich schafft er verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieeffizienz.
- **Aktionsprogramm Klimaschutz 2020:** Das Aktionsprogramm, das die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 beschlossen hat, enthält insgesamt mehr als 100 Einzelmaßnahmen. Sie sollen dazu dienen, das nationale Klimaziel 2020 zu erreichen: die Treibhausgasemissionen in Deutschland um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu mindern. Für nahezu alle Maßnahmen des [Aktionsprogramms](#) sind die Planungen bereits weit fortgeschritten. Einige Maßnahmen sind bereits vollständig umgesetzt.

- **EU Klima- und Energieziele 2030:** Im Oktober 2014 hat der Europäische Rat einen ambitionierte [Klima- und Energierahmen](#) für 2030 beschlossen, der drei EU-weite Mindestziele vorsieht.
- **Internationaler Klimaschutz:** Die 195 Teilnehmerstaaten Staaten des [Klimagipfels in Paris](#) haben sich auf einen neuen Klimavertrag verständigt. Die Staaten setzen sich das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf "weit unter" zwei Grad Celsius zu beschränken. Er soll bereits bei 1,5 Grad gestoppt werden.

Umwelt- und Naturschutz

- **Rücknahme von alten Elektrogeräten:** Das neue [Elektro- und Elektronikgerätegesetz](#) vereinfacht die Rückgabe alter Elektro- und Elektronikgeräte. Man kann sie nun direkt an den Handel zurückgeben.
- **Hochwasserschutz:** Bund und Länder haben sich auf ein Nationales [Hochwasserschutzprogramm](#) verständigt, das die Vorsorge deutlich stärkt. Hierzu wurde ein Sonderrahmenplan (SRP) im Bundeshaushalt etabliert, der rückwirkend zum 1. Januar 2015 in Kraft trat.

Bildung und Forschung

- **Stärkung des Wissenschaftssystems:** Mit der Änderung von Artikel 91b des Grundgesetzes haben die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern in Wissenschaft und Forschung eine [neue Grundlage](#). Durch die Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation und des Hochschulpaktes wird das Wissenschaftssystem deutlich und nachhaltig gestärkt.
- **Modernes BAföG:** Anfang 2015 hat der Bund die Finanzierung des [BAföG](#) voll übernommen. Mit Beginn des Schuljahres 2016 und des Wintersemesters 2016/2017 steigen die BAföG-Sätze um sieben Prozent.
- **Mehr Meister-BAföG:** Wer sich zum Handwerks- oder Industriemeister, Techniker, Fachwirt oder zur staatlich geprüften Erzieherin fortbildet, bekommt ab dem 1. August 2016 mehr [Meister-BAföG](#).
- **Die Neue Hightech-Strategie:** Mit der Weiterentwicklung der [Hightech-Strategie](#) werden die Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft besser gebündelt, damit aus Ideen noch schneller innovative Produkte und Dienstleistungen werden.

Hohe Lebensqualität und nachhaltige Entwicklung

- **Bürgerdialog mit der Bundesregierung:** Lebensqualität lässt sich nicht allein am wirtschaftlichen Wachstum festmachen. Deshalb sucht die Bundesregierung mit ihrer [Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“](#) nach einem neuen Indikatoren-System, mit dem sich Lebensqualität messen lässt. Die Ergebnisse werden wissenschaftlich ausgewertet. Am Ende dieses Prozesses wird die Bundesregierung einen Aktionsplan beschließen.
- **Nationale Nachhaltigkeitsstrategie:** Anfang Oktober 2015 ist der Dialog zur Weiterentwicklung der nationalen [Nachhaltigkeitsstrategie](#) angelaufen; sie wird bis Herbst 2016 überarbeitet, auch mit Blick auf die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die die Vereinten Nationen im September 2015 beschlossen haben.

Familie, Soziales und Gesundheit

- **Steuerliche Entlastung von Familien und Alleinerziehenden:** Die Bundesregierung hat Kinderfreibetrag, Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht und hebt den steuerlichen Grundfreibetrag sowie den Kinderfreibetrag für 2015 und 2016 an. Außerdem hat sie den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. Das Paket [entlastet](#) Familien um rund 5,4 Milliarden Euro jährlich.
- **Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Mit dem „[ElterngeldPlus](#)“ hat die Bundesregierung Teilzeitarbeit und Elterngeld besser verknüpft. Die Elternzeit ist flexibler geworden. Einen Partnerschaftsbonus gibt es für Eltern, die gleichzeitig ihre Arbeitszeit zugunsten der Familienarbeit reduzieren.
- **Rentenpaket schafft mehr Gerechtigkeit:** Die Erziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren sind, sind jetzt in der Rente besser anerkannt. Versicherte, die 45 Jahre gearbeitet haben, können mit 63 Jahren abschlagsfrei in [Rente](#) gehen. Wer erstmals eine Erwerbsminderungsrente erhält, wird künftig so gestellt, als ob er zwei Jahre länger gearbeitet hätte.
- **Rentenerhöhung:** Auch 2015 gab es [mehr Geld für über 20 Millionen Rentner](#): Am 1. Juli sind die Zahlungen aus der Rentenkasse in den neuen Bundesländern um 2,5 Prozent, in den alten Bundesländern um 2,1 Prozent gestiegen.
- **Mehr Rente für politisch Verfolgte:** Die [Opferrente für politische Häftlinge der DDR](#) ist von 250 auf 300 Euro gestiegen; ebenso die monatliche Zahlung an politisch Verfolgte, die in der DDR ihren Beruf nicht ausüben konnten: von 184 auf 214 Euro.
- **Höhere Regelsätze bei der Sozialhilfe:** Bei Sozialhilfe und Grundsicherung gelten ab 2016 [höhere Regelsätze](#). Alleinstehende Erwachsene bekommen dann 404 Euro, fünf Euro mehr als 2015. Die Regelsätze werden jährlich überprüft und fortgeschrieben.
- **Mehr Wettbewerb und Qualitätssicherung der Gesundheitsversorgung:** Der allgemeine [Beitragssatz](#) für die Gesetzlichen Krankenkassen wurde bei 14,6 Prozent festgeschrieben. Brauchen die Kassen mehr Geld, können sie einkommensabhängige Zusatzbeiträge erheben. Zudem hat die Bundesregierung die ambulante und stationäre Versorgung besser verzahnt sowie Terminservicestellen eingeführt. Bei Krankenhäusern wird die Qualität der Behandlung verstärkt kontrolliert.
- **Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege:** Menschen, die [Beruf und Pflege](#) von Angehörigen in Einklang bringen müssen, gewinnen mehr Flexibilität. Für die zehntägige Pflegezeit, die Angehörige in akuten Fällen beanspruchen können, gibt es seit 2015 eine Lohnersatzleistung.
- **Mehr Zeit und verbesserte Leistungen für Pflege:** Pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen erhalten seit Januar 2015 mehr und [bessere Leistungen](#). Ab 2017 gilt ein neues [Begutachtungssystem](#). Aus bisher drei Pflegestufen werden dann fünf Pflegegrade.

Verbraucherschutz, Wohnen und Bauen

- **Mietpreisbremse:** [Mieten](#) sollen erschwinglich bleiben. Die Bundesländer können ab 2015 Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt bis zu fünf Jahre festlegen. Dort dürfen Mieterhöhungen bei Wiedervermietung höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Im Maklerrecht gilt nun: Wer beauftragt, der zahlt.

- **Mehr Wohnraum:** Damit Wohnen in Ballungsräumen bezahlbar bleibt, stellt die Bundesregierung bis 2019 jährlich 518 Millionen Euro für die [Förderung des sozialen Wohnungsbaus](#) zur Verfügung.
- **Reform der Lebensversicherung:** Mit dem Gesetz zur Absicherung stabiler und fairer Leistungen für [Lebensversicherte](#) reagiert die Bundesregierung auf die niedrigen Zinsen bei Lebensversicherungen.
- **Mehr Schutz bei Krediten und Dispozinsen:** Banken haben künftig vor einer [Kreditvergabe](#) verschärfte Informationspflichten und müssen die Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer strenger prüfen.
- **Schneller aus den Schulden:** Wer seit Juli 2014 ein [Insolvenzverfahren](#) beantragt, kann seine Restschulden schon nach drei Jahren erlassen bekommen, wenn er einen Teil seiner Schulden und die Verfahrenskosten begleicht. Dadurch erhalten insbesondere insolvente Existenzgründer und Verbraucher schneller als bisher eine zweite Chance.

Ernährung und Landwirtschaft

- **Landwirtschaft mit Zukunft:** Mit der [Neuausrichtung](#) der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik hat die EU ein klares Zeichen für eine wettbewerbs- und zukunftsfähige Landwirtschaft gesetzt: Kleinere und mittlere Betriebe sowie Junglandwirte werden stärker gefördert, gleichzeitig sind die Direktzahlungen jetzt stärker an konkrete Umweltleistungen gebunden.
- **Weniger Antibiotika in der Tierhaltung:** Mit der Änderung des Arzneimittelgesetzes will die Bundesregierung den Einsatz von [Antibiotika](#) bei Nutztieren auf das therapeutisch unerlässliche Mindestmaß reduzieren.

Kulturelles Erbe

- **Schutz von Kulturgut:** Die Bundesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des [Kulturgutschutzrechts](#) beschlossen. Es soll verhindern, dass Artefakte aus Raubgrabungen nach Deutschland eingeführt und hier illegal gehandelt werden.
- **Deutsches Zentrum Kulturgutverluste:** Gemeinsam mit den Ländern hat der Bund die Stiftung „[Deutsches Zentrum Kulturgutverluste](#)“ gegründet. Sie bündelt und stärkt die Provenienzforschung zur NS-Raubkunst. Anfang 2015 hat sie in Magdeburg ihre Arbeit aufgenommen.
- **Deutsche Digitale Bibliothek:** Das von Bund und Ländern getragene, nationale Internet-Portal für Kultur und Wissenschaft soll die digitalen Angebote von bis zu 30.000 deutschen Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen verknüpfen und zugänglich machen. Im März 2014 hat die [DDB](#) ihren regulären Betrieb aufgenommen und hat inzwischen einen Bestand von rund 18,1 Millionen digitalen Objekten.
- **Humboldt-Forum:** Das [Humboldt-Forum](#) im Berliner Stadtschloss ist das bedeutendste Kulturvorhaben für die nächsten Jahre. Es wird einzigartige kulturgeschichtliche Schätze aller Kontinente aus dem Ethnologischen Museum und dem Museum für Asiatische Kunst präsentieren und das Wissen über die Weltkulturen fördern.

Medien

- Die Bundesregierung fördert den deutschen Film und die deutsche Filmwirtschaft. Der 2007 „[Deutsche Filmförderfonds](#)“, ursprünglich als zeitlich begrenzte Förderung eingerichtet, wurde in ein dauerhaftes Förderinstrument umgewandelt.

Sport

- **Strafbarkeit des Dopings:** Mit dem [Anti-Doping-Gesetz](#) stärkt die Bundesregierung den Kampf gegen Doping und trägt damit wesentlich zur Wahrung der Integrität des Sports bei.
- **Strafbarkeit von Spielmanipulationen:** Im Strafgesetzbuch sollen neue Straftatbestände gegen [Sportwettbetrug](#) und gegen die Manipulation berufssportlicher Wettbewerbe eingeführt werden, um auch in diesen Bereichen die Integrität des Sports zu schützen.